



Europa-Universität Flensburg | Auf dem Campus 1 | 24943 Flensburg

Herrn
Martin Habersaat
Vorsitzender des Bildungsausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtags

E-Mail: bildungsausschuss@landtag.ltsh.de

Flensburg, 14. Januar 2025

**Drucksachen: 20/2583 und 20/2694 – Stellungnahme zur Medienbildung an
Schulen: Eine erziehungswissenschaftliche Würdigung**

Sehr geehrter Herr Habersaat,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 16.12.2024. Ich freue mich über die Gelegenheit, zu den Anträgen

- „Medienbildung an Schulen braucht solide Grundlagen“ (Fraktion der SPD, Drucksache 20/2583)
- „Medienbildung stärken und zeitgemäß fortentwickeln (Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 20/2694)

schriftlich Stellung nehmen zu können.

Einleitung

Die jüngst vorgelegten Anträge zur Stärkung der Medienbildung (Drucksache 20/2583 und 20/2694) sowie die Plenardiskussion (Plenarprotokoll vom 20.11.2024) machen eindrücklich sichtbar, wie stark das Thema digitale Bildung inzwischen im schulischen Diskurs verankert ist. Dabei zeigen sich – trotz unterschiedlicher Akzentuierungen – sowohl Einigkeit über die Bedeutung der Medienbildung als auch gemeinsame Zielsetzungen, die weit über kurzfristige Maßnahmen wie Handyverbote hinausreichen.

Aus medienbildungswissenschaftlicher Perspektive ist zunächst hervorzuheben, dass die Digitalisierung in den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen bereits fest verankert ist. Das Internet und soziale Medien stellen nicht nur Informations- und Kommunikationskanäle dar, sondern prägen zunehmend Identitätsbildung, Freizeitgestaltung und gesellschaftliche Teilhabe. Vor diesem Hintergrund ist es folgerichtig, dass Schulen sich als zentrale Orte verstehen, an denen

Prof. Dr. Christian Filk

Institut für Erziehungswissenschaften
Seminar für Medienbildung
Professur für Medienpädagogik und
interdisziplinäre Medienforschung

Geschäftszeichen

Stellungnahme zu den Drucksachen
20/2583 und 20/2694

Besucheranschrift

Auf dem Campus 1c
Gebäude Riga 7 | Raum 715
24943 Flensburg

Tel. +49 461 805 2614

Fax +49 461 805 952614

christian.filk@uni-flensburg.de

Sekretariat

Anja Klocke

Raum HEL 113

Tel. +49 461 805 2270

Fax +49 461 805 952270

anja.klocke@uni-flensburg.de

www.uni-flensburg.de

Schülerinnen und Schüler nicht nur technische Kompetenzen erwerben, sondern vor allem kritisches Urteilsvermögen und ethische Orientierung im Umgang mit digitalen Medien entwickeln sollen.

Breite vernetzte Verantwortung

Beide Anträge verdeutlichen, dass Medienbildung nicht allein Aufgabe der Schule ist. Insbesondere der Alternativantrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 20/2694) hebt die gesamtgesellschaftliche Verantwortung hervor, indem er externe Partner, Eltern und außerschulische Institutionen stärker einbinden will. Gerade die engen Verflechtungen zwischen familiärer Mediennutzung, schulischer Erziehung und dem gesellschaftlichen Wandel verweisen darauf, dass Schule zwar ein zentraler, aber keineswegs der einzige Ort der Medienerziehung ist. Aus Sicht der Erziehungswissenschaft ist die kooperative Einbindung verschiedener Akteurinnen und Akteure (Erziehungsberechtigte, Medienfachberatung, Jugendhilfe) für eine nachhaltige, ganzheitliche Medienkompetenzförderung daher unverzichtbar.

Ganzheitliche Medienbildung statt bloßer Technikorientierung

Die Vorschläge der SPD (Drucksache 20/2583) legen besonderen Wert auf praxisnahe Maßnahmen wie die Zertifizierung von Grundschulen als „Internet-ABC-Schulen“ oder die Einführung von Medienscouts. Damit wird dem Bedürfnis Rechnung getragen, bereits in früheren Altersstufen verbindliche und gut strukturierte Medienkompetenzprogramme zu etablieren. Medienscout-Projekte gelten in der Fachwelt als sinnvolle Peer-to-Peer-Ansätze, da sie die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler authentisch einbeziehen und zugleich Möglichkeiten schaffen, eigenverantwortliches Lernen zu stärken. Dennoch ist bei aller Programmatik darauf zu achten, dass Endgerätebeschaffung oder Zertifizierungen nicht zum Selbstzweck werden, sondern stets in didaktisch begründete Unterrichtskonzepte eingebettet sind. Digitale Tools können nur dann Lernprozesse verbessern, wenn sie Teil eines reflektierten pädagogischen Handelns sind, das auch ethische Dimensionen, Datenschutz und Gefahrenquellen (etwa Cybermobbing) miteinschließt.

Dauerhafte Fortbildung und Infrastruktur

Einigkeit herrscht im Parlament darüber, dass Lehrkräftefortbildung und digitale Infrastruktur wesentlich zum Gelingen digitaler Bildungsinitiativen beitragen. Für einen wirksamen medienpädagogischen Unterricht sind kontinuierliche Schulungen notwendig, die Lehrerinnen und Lehrern mehr vermitteln als rein technisches Know-how. Vielmehr bedarf es didaktischer Expertise, die digitale Medien als Teil eines modernen Unterrichts begreift und Lernformen wie Projektarbeit, individuelles Feedback oder kollaboratives Lernen ermöglicht. Begleitend benötigt es eine solide finanzielle Ausstattung, die nicht allein auf kurzfristige Programme oder Förderinitiativen reduziert werden darf, sondern eine langfristige Sicherung der Wartung und Weiterentwicklung garantiert. Nur so lässt sich verhindern, dass die digitale Ausstattung nach wenigen Jahren veraltet und Schulen in ständigen organisatorischen wie finanziellen Engpässen verharren.

Elternarbeit als Teil einer umfassenden Strategie

In beiden Anträgen, aber auch in den Wortmeldungen der FDP und des SSW, wird die Rolle der Eltern immer wieder betont. Aus wissenschaftlicher Sicht ist diese Betonung zu unterstützen. Medienkompetenz lässt sich nachhaltiger verankern, wenn sie bereits vor Schulbeginn angelegt wird und auch zu Hause weitergepflegt werden kann. Dazu bedarf es an Schulen entsprechender Formate: Elternabende, Workshops oder digitale Informationsportale können Hilfestellungen für eine altersangemessene Mediennutzung bieten. Die Stärkung des Austauschs zwischen Lehrkräften und Eltern fördert die gemeinsame Verantwortung für die medienpädagogische Entwicklung der Schülerinnen und Schüler.

Kulturelle Verankerung statt punktueller Maßnahmen

Besonders die Plenardiskussion hat gezeigt, dass simplifizierende Maßnahmen wie ein generelles Handyverbot kein hinreichendes Konzept darstellen. Zwar ist ungestörtes, konzentriertes Lernen unverzichtbar, doch lenken reine Verbote den Blick oft nur auf die Symptome – beispielsweise Lärmbelästigung oder Ablenkung – statt auf die Chancen und Risiken, die mit digitaler Kommunikation einhergehen. In einer „Kultur der Digitalität“ geht es vielmehr darum, Lern- und Lehrprozesse in ihrer Gesamtheit neu zu denken: von einer verbesserten Diagnose lernrelevanter Daten über die Möglichkeit individueller Förderung durch digitale Lernplattformen bis hin zur Förderung von Kreativität und Problemlösefähigkeit mit Hilfe multimedialer Werkzeuge. Damit sich solche Potenziale entfalten können, müssen Schulen ihr Selbstverständnis als Lernorganisation immer wieder kritisch reflektieren und langfristige Konzepte entwickeln, die mit gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen Schritt halten.

Schlussfolgerung

Aus medienbildungswissenschaftlicher Sicht bieten beide Anträge wichtige Impulse, die sich gegenseitig ergänzen können: Während der SPD-Antrag besonders durch konkrete, praxisorientierte Maßnahmen wie Medienscouts und Grundschulzertifizierungen hervorsteht, möchte der Alternativantrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vor allem bestehende Programme fortführen und das Zusammenwirken verschiedener Akteurinnen und Akteure in den Blick nehmen. Die Plenardebatte macht deutlich, dass es im Kern um einen Paradigmenwechsel in Bildungskultur und Lehrkräfteprofessionalität geht: Schulen müssen digitale Kompetenzen ebenso selbstverständlich vermitteln wie Lesen, Schreiben und Rechnen.

Langfristig benötigen wir ein curriculum-integriertes Gesamtkonzept, das Kindern und Jugendlichen nicht nur technische Fertigkeiten mit auf den Weg gibt, sondern sie zu reflektierten, kritisch denkenden und selbstbestimmten Gestalterinnen und Gestaltern der digitalen Welt macht. Gerade weil das Thema Medienbildung ein dynamisches, immer komplexer werdendes Handlungsfeld ist, sollten die vorliegenden Ansätze aufeinander bezogen, kontinuierlich weiterentwickelt und in enger Abstimmung zwischen Politik, Wissenschaft, Schule und Gesellschaft umgesetzt werden. Nur so lässt sich das Ziel erreichen, jungen Menschen zu einer kompetenten, souveränen und ethisch reflektierten Mediennutzung zu verhelfen – ein Ziel, das angesichts rasanter digitaler Transformationsprozesse in Zukunft nur noch an Bedeutung gewinnen wird.

Für weiterführende Auskünfte stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

gez. Prof. Dr. Christian Filk